

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

B/XXIV/147

Bonn, den 6. August 1969

Nur veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 3a	<u>Die Emanzipation der sozialen Demokratie</u> Zum Eisenacher Parteitag der Sozialdemokratie im August 1969 Von Willi Eichler	166
4 - 5	<u>Das Ziel der SPD</u> Von Albert Osswald, Finanzminister von Hessen	106
6 - 7	<u>Auf Afrika konzentriert</u> Ein gewichtiger Faktor des Weltkatholizismus Von Dr. Heinz Kornetzki	70

Die Emanzipation des sozialen Demokratie

Zum Eisenacher Parteitag der Sozialdemokratie im August 1869

Von Willi Eichler

Als Karl Marx und Friedrich Engels im Frühjahr 1848 ihr "Manifest der Kommunistischen Partei" in die Welt sandten, hatten sie eine grundlegende soziale Tatsache enthüllt: Die liberale Revolution hatte in ihrem zunächst allgemeinen Kampf um die Freiheit von staatlichen und ständischen Bindungen die Arbeiterschaft in eine verzweifelte Lage versetzt: Sie hatte ihr, wie Marx bitter bemerkte, eine "doppelte Freiheit" beschert: Die Freiheit von Produktionsmitteln und die Freiheit, ihre Arbeitskraft zu verkaufen - was nach Lage der Dinge unerbittlicher Zwang war. Dieser unwiderlegbare Einwand gegen das "freie Spiel der Kräfte" im Laissez-faire-Liberalismus, gegen seine Mißachtung der sozialen Gerechtigkeit, hat bis in unsere Tage "bürgerliche" Demokratie und Sozialdemokratie getrennt. Die "Entfremdung" des Arbeiters von seinem Menschsein wollte das Manifest durch die Sozialisierung der Produktionsmittel aufheben. Da die "deutschen Zustände", das kläglich von partikularistischen Interessen der Länder und Ländchen hin und hergerissene Deutschland, zusätzlich unfähig schienen, der modernen Entwicklung gerecht zu werden, erwartete Marx mit Sicherheit die Revolution. Sie kam auch - und wurde vernichtend geschlagen. Auf das Fanfaren-Signal des Manifestes "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" "antworteten nur wenige Stimmen" (Engels). Aber auch der Versuch der Frankfurter Nationalversammlung war gescheitert. Doch die allgemeine demokratische Bewegung, 1848 zum Kampf angetreten, und das Streben der Arbeiter nach Gleichberechtigung konnte nicht lange von der historischen Tagesordnung abgesetzt werden.

Die Geburtsstunde der Sozialdemokratie

Der "Vierte Stand", der "doppelt befreite", fand den gewaltigsten Anwalt für seine Forderungen in Ferdinand Lassalle (1825 - 1864). Dieser unterschied sich von Marx wesentlich nur in der Auffassung von der Rolle des Staates, woraus für Lassalle z. B. der unbedingte Wert des allgemeinen Wahlrechts folgte. Sein "Arbeiterprogramm" (1862) enthielt Grundgedanken des "Manifests"; was Marx als "Vulgarisation" bezeichnete, war eine Popularisation. Ein Komitee zur Vorbereitung eines Allgemeinen

Deutschen Arbeitertages hatte Lassalle um Vorschläge für diese geplante Vereinigung gebeten, die er in seinem "Antwortschreiben" vorlegte. Es wurde bei der Gründung des "Allgemeinen Deutschen Arbeiter Vereins" (ADAV) in Leipzig, am 23. Mai 1863, dessen programmatische Grundlage, Lassalle sein Präsident. In dieser Gründung sieht die Sozialdemokratie ihre Geburtsstunde. Lassalle hatte sich auf drei Hauptforderungen konzentriert: eine von den Liberalen unabhängige Arbeiterbewegung; das allgemeine Wahlrecht; Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe. Diese Forderung sah er als aktuelle Tagesforderung; "Grund- und Kapitaleigentum abzulösen", also ein Kommunismus im Sinne von Marx, sei "der innerste Kern" auch seiner Ansichten, schrieb er an Rodbertus. "Nach fünfzehnjährigem Schlummer rief Lassalle - und dies bleibt sein unsterbliches Verdienst - die Arbeiterbewegung wieder wach in Deutschland", so würdigte Karl Marx vier Jahre nach Lassalles Tod (1864) dessen Lebenswerk.

Die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung von den Liberalen war damals keine leicht einsehbare Forderung. Liberale und bürgerliche Demokraten setzten sich für Reformen ein, die auch die Arbeiter betrafen - Presse- und Versammlungsfreiheit, Koalitionsrecht, Beseitigung der Polizeiwillkür. Sie hatten Arbeiterbildungsvereine geschaffen, um die Arbeiter zu fördern - und sich selber einer Verbündeten zu sichern. Darin sahen die Sozialisten bald den Pferdefuß dieser Bindungen für die Arbeiterschaft. Die Bourgeoisie hatte nach Lassalles Meinung kläglich versagt, als sie im "Verfassungskonflikt" über die Heeresvorlage, die Bismarck ohne Genehmigung des Parlaments durchsetzte, sich scheute, über Proteste hinauszugehen. Die entschiedensten Vertreter der Arbeiterschaft erkannten, daß sie von den Liberalen als "politisch zugleich tatkräftige und willenslose Hilfstruppe" (Franz Mehring) gewünscht wurde. Die Gründung des ADAV war in dessen Selbstverständnis die Mündigkeitserklärung der Deutschen Arbeiterbewegung!

Die Rolle von Bebel und Liebknecht

Für die Arbeiterbildung wirkte auch August Bebel (1840 - 1913), der 1865 Vorsitzender des "Gewerblichen Bildungsvereins" wurde. Zunächst war er noch entschieden gegen die "Politisierung" der Vereine: die Arbeiter seien für das allgemeine Wahlrecht "noch nicht reif", ihre "berufliche Fortbildung sei wichtiger". Unter dem Einfluß Wilhelm Liebknechts (1826 - 1900), der nach 13 Exiljahren, die ihn in enge Verbindung mit Marx und Engels gebracht hatten, nach Deutschland zurückgekehrt war, fand er den Weg zum Sozialismus, wozu ihm die von Marx geschriebene Inauguraladresse der 1864 in London gegründeten Internationalen Arbeiter-Association half. Auf die Dauer konnte es aber weder Bebel noch Liebknecht entgehen, daß die bürgerlichen Partner der Arbeitervereinsbewegung sich zwar für politische Freiheiten einsetzten - aber bei der Behandlung der sozialen Frage, dieses Kerns der Arbeiterbewegung, empfindlich reagierten. Die Trennung von ihnen wurde also unvermeidlich.

Nachdem Bebel und Liebknecht 1866 die Sächsische Volkspartei gegründet hatten und 1867 von ihr in den Norddeutschen Reichstag gesandt worden waren, erreichten sie, daß der Nürnberger Vereinstag

der Arbeitervereine im Jahre 1868 in seinem Programm den "Anschluß an die Bestrebungen der Internationalen Arbeiter-Association" erklärte. Erschreckend kam für die bürgerlichen Demokraten noch hinzu, daß die deutschen Mitglieder der Internationale auf deren Kongressen in Brüssel (1868) und Basel (1869) die Beschlüsse zugunsten des Gemeineigentums an Grund und Boden unterstützten. Die endgültige organisatorische Loslösung der Arbeitervereinsbewegung von der bürgerlichen Demokratie erfolgte dann auf dem Kongreß in Eisenach vom 7. bis 9. August 1869, auf dem die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet wurde. Zu diesem Kongreß hatten eingeladen: 63 ehemalige Mitglieder des ADAV; drei ehemalige Anhänger der Gräfin Hatzfeld, der Förderin und Vertrauten Lassalles; ein Ausschuß der österreichischen Arbeiter; das Zentralkomitee des deutschen Arbeitervereins in der Schweiz; die deutsche Sektion der Internationale in Genf; der deutsch-republikanische Verein in Zürich; und als die wichtigste Gruppe neben den Lassalleanern der Verband der deutschen Arbeitervereine, für den etwa hundert Mitglieder unterschrieben, darunter Bebel, Liebknecht, Wahlreich, Metzner, Hugo Hillmann, Motteler.

Trotz Gemeinsamkeiten heftige Fehden

Längst war die Frage akut geworden, warum zwischen den späteren "Eisenachern" und den "Lassalleanern" die heftige, bis ins Persönliche reichende Fehde nötig gewesen war, wo doch beide Gruppen offenkundig tiefliegende Gemeinsamkeiten aufwiesen. Das in Eisenach beschlossene Programm z. B. bezeichnete Liebknecht als "die letzten Konsequenzen des Kommunismus", während Tölcke, der Lassalleaner, meinte, es sei "wesentlich das Lassallesche Programm". Franz Mehring hält beide Aussagen für richtig: Das Programm "enthält auch nicht einen Punkt, der seit fünf Jahren nicht vom 'Sozialdemokraten' (dem Blatt der Lassalleaner) vertreten worden ist". Wesentlich anders bei den Lassalleanern war allerdings der organisatorische Aufbau der neuen Partei. Die unter dem Einfluß Lassalles angenommene Präsidialverfassung des ADAV bot zwar die Vorzüge größerer Beweglichkeit, hatte jedoch zu dem immer wieder angeklagten "Personenkult" geführt und zu jenem "Cäsarismus", der vor allem J. B. von Schweitzer, dem politisch bedeutendsten Nachfolger Lassalles im ADAV vorgeworfen wurde. Die neue Partei sollte deshalb von einem demokratisch kontrollierten Ausschuß von fünf Personen geführt werden. Zum Namen der Partei sagte August Bebel, man solle sie nicht Arbeiterpartei nennen, da sie auch Nicht-Arbeiter umfasse. Auf den Einspruch ehemaliger Lassalleaner hin blieb es jedoch bei der Arbeiterpartei. Auch Bebels Vorschlag, die Partei demokratisch-sozialistisch zu nennen, da "wir ja in Deutschland sozialistisch erst vorgehen können, wenn wir den demokratischen Staat haben", wurde abgelehnt. Dagegen wurde im Parteinamen nicht auf Deutschland Bezug genommen, weil man sich auch an die anderen Nationalitäten Österreichs wenden wollte.

Damit sind wir den Ursachen der Spaltung auf der Spur: Bebel und Liebknecht lehnten eine Einigung Deutschlands unter preußischer Führung entschieden ab. Sie taten das noch, als Bismarck 1866 Öster-

reich aus dem Deutschen Bund ausgeschlossen und den Norddeutschen Bund mit allgemeinem Wahlrecht gegründet hatte, in dem Lassalleaner und Volksparteiler saßen. Engels hatte nach Königgrätz gesagt, daß man dieses Faktum "nicht billigen, aber zu akzeptieren" habe; aber Liebknecht warf Schweitzer vor, es auch zu billigen und damit Bismarcks Politik zu stützen. In Wahrheit haben die Lassalleaner realistisch gesehen, daß die Einbeziehung Österreichs in Deutschland nicht zu erreichen und der Norddeutsche Bund ein Schritt auf dem Wege der Einigung war. Die beiden "Ältern" in London zögerten mit ihrer Entscheidung: Liebknecht ging ihnen mit seinem Preußenhaß und seiner Liebe zu Österreich zu weit, das ja durch seine Niederlage nicht revolutionärer geworden war. Andererseits erweckte Schweitzer oft den Eindruck, von Bismarck eine Hilfe für Arbeiterinteressen zu erwerben, worauf ja schon Lassalle in seinen Unterhaltungen mit Bismarck angespielt hatte. Die Einigung Deutschlands blieb also eine entscheidende trennende Frage. Der zweite Trennungsgrund war der genannte organisatorische Aufbau. Der dritte war ein tiefes Mißtrauen der Eisenacher, auch früherer Lassalleaner, gegen die Persönlichkeit J. B. von Schweitzers.

Einigungsparteitag in Gotha

Alle drei Gründe sollten sehr bald fortfallen: Bismarcks Reichsgründung von 1871 beendete die Diskussion über Groß-Deutschland. Schweitzers Rücktritt erleichterte allen den Entschluß zur Einigung. Tagespolitische Gemeinsamkeiten führten die Parteien enger zusammen und drängten sie im Jahre 1875 zum Einigungsparteitag in Gotha. Gegen das dort von Wilhelm Liebknecht vorgelegte Einigungsprogramm schleuderte Karl Marx in seinen "Randglossen" die Empörung des Enttäuschten, der in Bebel und Liebknecht schon "Marxisten" vermutet hatte und nun Liebknechts Kompromiß als eine Kapitulation vor Lassalles "Glaubensartikeln" ansah. Liebknecht setzte sich über den Zorn des Meisters hinweg - und sein Programm erfüllte auch seinen Zweck der Einigung. Erst nach dem Ende der zwölf Verfolgungsjahre des Sozialistengesetzes akzeptierte die Partei in ihrem Erfurter Programm von 1891 den Historischen Materialismus - in der Form ihrer Rezeption! Damit trennte sie sich theoretisch-weltanschaulich von der "bürgerlichen Gesellschaft" - die August Bebel, der nun unumstrittene Führer der Partei, bis ans Ende seines Lebens offen, allerdings darin keineswegs unumstritten, als seinen "Todfeind" bekämpfte. Ein Jahr nach seinem Tode brach der erste Weltkrieg aus. Er stellte auch die Sozialdemokraten erneut vor die Frage, wie sie ihren demokratischen und sozialen Idealen mit adäquaten politischen Mitteln am besten dienen könnten.

+ + +

Dieser Artikel von Willi Eichler erscheint in der nächsten Ausgabe des VORWÄRTS.

Das Ziel der SPD

Von Albert Osswald, Finanzminister von Hessen

Wer in diesen Tagen mit politisch interessierten Bürgern spricht, wird ein zunehmendes Vertrauen gegenüber der deutschen Sozialdemokratie feststellen. Viele Prominente haben sich in großen Anzeigen positiv zu den bisherigen Leistungen und den Zielen der SPD geäußert. Ihre Stimmen haben in der Öffentlichkeit Gewicht und tragen dazu bei, daß sich Männer und Frauen zusammenfinden, um mit der Sozialdemokratischen Wählerinitiative für uns zu werben. Die Professoren und Arbeiter, Journalisten und Künstler, Studenten und Handwerker, Geistlichen und Gewerkschafter sind respektierte Partner und werden nicht als "Pinscher" (Eckhard) oder "miserable Bürger" (Strauß) beschimpft. Die SPD, offen gegenüber neuen geistigen und kulturellen Strömungen, sieht in diesem ehrlichen Bündnis mit allen fortschrittlich denkenden Gruppen in der Bundesrepublik eine starke Unterstützung für ihre Anstrengungen in diesem Wahlkampf. Vor uns steht das Ziel, im Interesse einer besseren Zukunft, des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts und der Stabilität einer nicht nur formalen demokratischen Ordnung die bestimmende politische Kraft in diesem Land zu werden.

In der Presse werden in den kommenden Wochen öfter Umfrageergebnisse zum möglichen Ausgang der Bundestagswahl am 28. September erscheinen. Wir sollten uns weder durch niedrige Zahlen beirren noch durch hohe Zahlen von unserer gemeinsamen politischen Arbeit ablenken lassen. Fest steht, daß in diesem Bundestagswahljahr die Zahl der bislang Unentschlossenen relativ hoch ist. Im Grunde ist das für unsere Partei eine gute Ausgangsposition, weil diese Wählerschicht für die SPD mobilisierbar ist. Sie hat in den drei Jahren der Großen Koalition erkannt, daß die SPD ihr politisches Handwerk nicht nur in den Gemeinden, Städten und Ländern gut versteht, sondern auch im Bund, und z.B. dort in der Regierung ebenso gut wie im Parlament. Und während diese Wählerschicht die ermüdete Krisen-CDU abgeschrieben hat, zögert sie offenbar noch, sich offen für die SPD zu bekennen.

In der Tat ist dieses Bekenntnis oft im politischen Denken eines einzelnen ein entscheidender Schritt. Und je reifer er überlegt ist, um so stärker kann die SPD mit der Stimme bei der Bundestagswahl 1969 rechnen.

Die CDU konnte bislang keine Aufstellung von Erfolgen in der Bundesregierung vorlegen, während die SPD ihren Tätigkeitsbericht von Jahr zu Jahr ergänzte. Die SPD erreichte durch Einführung der Kennzeichnungspflicht einen besseren Verbraucherschutz, sie sicherte die dynamische Rente und sorgte für eine dreißigprozentige Rentenerhöhung. Das soziale Mietrecht und der soziale Wohnungsbau gehen auf ihr Konto, ebenso wie die Erhöhung der Sparprämien um 30 bis 40 Prozent. Sie erreichte die Aufhebung der Verjährungsfrist und eine Liberalisierung des Strafrechts. Sie bewahrte die Mitbestimmung vor einer Aushöhlung. Für Angestellte erreichte sie eine Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze.

Der entscheidende gesellschaftspolitische Erfolg aber war die Durchsetzung der Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall. Der kranke Arbeiter ist jetzt nicht mehr ein Mensch zweiter Klasse. Er hat jetzt keine Einbußen mehr bei seiner späteren Rente.

Die SPD mußte diesen Erfolg für alle Arbeitnehmer in der Bundesre-

publik gegen die CDU/CSU und die FDP erkämpfen. Jetzt, nachdem der Bundestag seine gesetzgeberische Arbeit beendet hat, geben sich bestimmte Gruppen in der CDU plötzlich fortschrittlich. Im Parlament aber haben sie geschwiegen. Hätten sie in den letzten Jahren gleiche Meinungen vertreten, so wären sie heute glaubwürdiger.

Die SPD könnte es sich in diesem Wahlkampf leichtmachen, indem sie unter Verweis auf die Wirtschaftskrise vor drei Jahren eindrucksvoll ihre Erfolge in Szene setzen würde. Zweifellos wird sie auf ihre Erfolge hinweisen, aber das Entscheidende in diesem Wahlkampf ist das sozialdemokratische Angebot einer besseren Alternative in der deutschen Politik, einer Perspektive für eine bessere Zukunft.

Wissenschaftler haben festgestellt und jeder nachdenkliche Bürger merkt es, daß die Bundesrepublik falsch programmiert ist. Der Prozeß des Rückschritts ist so alt wie die Regierungstätigkeit der Konservativen. Durch ihre Mitverantwortung an der Regierung hat die SPD vorerst diesen Prozeß stoppen können. Was die neuen SPD-Minister im Dezember 1966 bei ihrem Amtsantritt in den Schubladen fanden, zeigte das ganze Ausmaß einer bitteren Entwicklung.

Es ist das Ziel sozialdemokratischer Politik, den Raum für eine neue Entwicklung zu schaffen. Unsere Partei hat stets mit ihren Konzeptionen über die aktuelle Situation hinausgedacht.

Nachdem zwanzig Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik der materielle Aufbau im wesentlichen abgeschlossen ist, wird jetzt die Neuordnung unserer Gesellschaft politischen Vorrang bekommen müssen. Dafür sind zwei Pfeiler von entscheidender Bedeutung: die Mitbestimmung und die Vermögensverteilung.

In einem Fernsehspiel über dieses Thema sagte ein Arbeiter zu seinem "Chef" über seine Kollegen: "Sie sehen alle traurig aus, weil's keine Menschen sind, sondern nur Anhängsel zu ihren Maschinen, Zubehör, Teile, Teile von Maschinen, Teile von Menschen."

Er hat recht. Grundlegend hat sich trotz Betriebsverfassungsgesetz in den letzten Jahrzehnten nichts daran geändert, daß der Arbeitnehmer sozial und wirtschaftlich abhängig geblieben ist. Das aber ist mit der Würde des Menschen nicht zu vereinbaren. Darum muß, wie es die Gesetzesvorlagen der SPD vorsehen, die qualifizierte Mitbestimmung nicht nur für den Montanbereich, sondern für alle größeren Betriebe gelten. CDU und FDP haben bisher diese Gesetze verhindert.

Die Vermögenspolitik ist ein weiteres Problem, das in der nächsten Legislaturperiode gelöst werden muß. 1,7 Prozent der westdeutschen Bevölkerung verfügen über 70 Prozent des Eigentums an Produktivvermögen. Etwa 20 Prozent der seit dem Kriege gebildeten Vermögen gehören Arbeitnehmern und Rentnern, die insgesamt 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Dieser Zustand ist nicht gerecht. Die SPD fordert daher, allen Arbeitnehmern die Möglichkeit zu geben, eigenes Vermögen zu bilden. Hierzu gehören auch Steuererleichterung und Maßnahmen wie die Verdoppelung des Freibetrages und die Heraufsetzung der Kilometergeld-Pauschale auf 50 Pfennig. In diesen Rahmen gehört auch die Erhaltung der Geld- und Preisstabilität.

Es sind hier nur zwei entscheidende Punkte genannt worden, die im Vordergrund unseres Wahlkampfes stehen und die jedem Arbeitnehmer zeigen, daß die SPD ihre Forderung nach einer Gesellschaftsordnung mit sozialer Start- und Chancengleichheit ernst meint.

Seit Anfang des vergangenen Monats ist der ehemalige SPD-Minister Dr. Gustav Heinemann Bundespräsident. Das ist ein Zeichen für die veränderte politische Situation.

Am Ende des nächsten Monats muß ein weiterer Schritt getan werden. Die SPD muß die bestimmende politische Kraft in der Bundesrepublik sein.

Auf Afrika konzentriert

Ein gewichtiger Faktor des Weltkatholizismus

Von Dr. Heinz Kornetzki

Papst Paul VI. hat seine achte Auslandsreise beendet. Der dreitägige Aufenthalt in Kampala, der Hauptstadt des ostafrikanischen Staates Uganda, galt dem Katholizismus des ganzen schwarzen Kontinents, der schon heute zu einem wichtigen Faktor der Weltkirche geworden ist. Während die katholische Kirche vor allem Europas von wachsender Unruhe ergriffen wird und um tiefgreifende Reformen ringt, ist die Kirche in Afrika stabil. Die Probleme, die sich etwa aus der Autoritätskrise oder dem Ruf nach Demokratisierung herleiten, sind bei den 34 Millionen Afro-Katholiken noch nicht existent. Insofern dürfte der Kirche Afrikas zunehmend die Rolle eines Stabilisierungsfaktors im Gesamtkatholizismus zufallen. Beobachter vermuten, daß Rom nicht zuletzt aus diesem Grunde sein Interesse auf Afrika konzentriert, zumal die heute 80 afrikanischen Bischöfe schon auf der römischen Synode im Oktober die Progressisten bremsen könnten.

"Wenn die Kirchen Europas mit ihrer Rebellion fortfahren, dann werden wir sie evangelisieren". Schon dieses Wort des Erzbischofs von Dakar, Thiandour, das Beobachter als typische Meinung der afrikanischen Katholiken deuten, markiert die Position des schwarzen Episkopats gegenüber Rom. Nun dürfte die Kirche Afrikas noch zu jung sein, um Strukturprobleme zu haben. Kirchensteuer, Zölibat, Pille oder das Verhältnis von Kirche und politischen Parteien, das sind im Afro-Katholizismus keine brisanten Themen. Auch die Autorität kirchlicher Würdenträger stellt niemand in Frage. Die Kirche in Afrika will also hier keine Reformen, sie will zunächst einmal Konsolidierung.

Trotzdem war die Papstreise nötig. Die weißen Missionare kollidieren zunehmend mit dem Selbstbewußtsein der Afrikaner. Im Sudan und in Guinea wurden bereits europäische Priester des Landes verwiesen. Andererseits steigt die Zahl der Christen ständig, so daß schon jetzt ein Seelsorger für rund zweitausend Katholiken zuständig ist. Für die Kirche ist das Problem aktuell geworden, den ihr anhaftenden "westlichen Habitus" abzulegen, um den kräftig auflebenden Nationalismus aufzufangen. "Ein Afrikaner muß Christ werden können, ohne erst Euro-

päer werden zu müssen", fordert die Kirchenzeitung des Bistums Berlin. Dazu gehört freilich, daß die Kirche das Mündigwerden der Afrikaner fördert und zugleich kanalisiert, um die Bildung einer von afrikanischer Mentalität geprägten Teilkirche zu ermöglichen, nicht aber einer folkloristischen Eigenkirche, vor der Paul VI. in der Kathedrale von Kampala ausdrücklich warnte. "Ihr Afrikaner seid nunmehr eure eigenen Missionare, ihr müßt eure Kirche auf diesem Kontinent weiter aufbauen", sagte er. Und weiter: "Ihr könnt die katholische Religion in Formen zum Ausdruck bringen, die mit eurer Kultur eng verwandt sind". Der Rückzug der mit dem Ruf des Kolonialismus behafteten Kirche dürfte freilich zunächst mehr psychologischer Natur sein; denn sogar im christlichen Mutterland Uganda sind von den zwölf Bistümern erst fünf mit einheimischen Bischöfen besetzt, und von den 810 Priestern sind nur 279 in Uganda geboren.

Das in Gaba in Uganda während des Papstbesuches tagende erste Synpodion der afrikanischen Bischöfe kann als weiterer Schritt einer neuen Phase der Kirche Afrikas gedeutet werden. Die panafrikanische Konferenz, an der 500 Bischöfe teilnahmen, definierte die Positionen der Kirche Afrikas nach dem Konzil und erörterte die spezifischen Polit-Konflikte des Kontinents: den Bürgerkrieg zwischen Nigeria und Biafra, die Spannungen in Rhodesien und im Sudan, die Apartheid in Südafrika, die Unruhen in den portugiesischen Kolonien. Der Protest der Kirche Afrikas gegen das Regime in Portugal wurde auch formell demonstriert: das portugiesische Afrika durfte an der Bischofskonferenz nur durch zwei als Beobachter zugelassene Prälaten aus Mozambique vertreten sein.

Vor der Regierung und dem Parlament Ugandas verurteilte der Papst noch einmal scharf Kolonialismus und Rassendiskriminierung. Er apostrophierte den "Kolonialismus neuer Prägung", der einseitig wirtschaftliche Interessen verfolge und ein Rückfall in "heimtückischen Formen von Sklaverei" sei. Die Kirche verwerfe zudem "jede Diskriminierung eines Menschen und jeden Gewaltakt gegen ihn um seiner Rasse oder Hautfarbe, seines Standes oder seiner Religion willen."

Über die hartnäckigen Bemühungen des Papstes, Frieden zwischen Nigeria und Biafra zu stiften, ist offiziell kaum etwas bekannt geworden. Beobachter entnehmen jedoch einer optimistischen Äußerung des Papstes auf dem römischen Flughafen, daß die Bemühungen auf längere Sicht doch Erfolg haben würden. + + +